

Sozialismus, Pragmatismus und Gesellschaft im Überfluß

I

Fritz Vilmar hat in einem ausgezeichneten Artikel die Grundlagen der modernen Gemeinwirtschaft eingehend dargelegt¹). Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Vilmar das von ihm beschriebene System mit dem ehrwürdigen Begriff des Demokratischen Sozialismus identifiziert hätte, denn Planung, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Arbeiter-Mitbestimmung sind konsumtive Grundzüge des Sozialismus westlicher Prägung²). Aber es mag sein, daß Vilmar mit dem Wort Gemeinwirtschaft andeuten wollte, daß der Demokratische Sozialismus gewisse doktrinaire Vorurteile in der Nachkriegszeit abgelegt hat: niemand strebt heute die totale Verstaatlichung der Wirtschaft an; das Gemeineigentum soll auf die Großbanken, die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien sowie auf die marktbeherrschenden Unternehmungen der Konsumgüterindustrien beschränkt bleiben; das öffentliche Eigentum wird in verschiedenen Formen ausgeübt, in der Form des staatlichen, des kommunalen und des genossenschaftlichen Eigentums; die demokratische Mitbestimmung ist auf allen Ebenen der Verwaltung zu verankern usw. In der Tat, berücksichtigt man diese undogmatische und — man möchte fast sagen — experimentelle Einstellung zu Fragen der Planung und Verstaatlichung, die für das heutige sozialistische Denken charakteristisch ist, kann man nicht umhin, das Bedürfnis nach neuen Sammelbegriffen und Gattungsnamen als legitim zu empfinden.

Das sozialistische Denken Vilmars ist also eher durch eine pragmatische Grundeinstellung gekennzeichnet. Um so mehr muß es daher befremden, wenn *E. Guth* und *H. Lillich* in einer Replik auf den von uns zitierten Aufsatz dem Verfasser vorwerfen, eine „Sache der Zweckmäßigkeit“ zu einer „weltanschaulichen Heilslehre“ zu erheben³). Die beiden Autoren „warnen“ dann vor einem „säkularisierten Reich Gottes auf Erden“, da selbst nach der Verwirklichung der „Kernforderungen“ Vilmars die „Selbstentfremdung des Menschen“ nicht verschwinden würde. Dem Unentwegten, dem es dennoch nach den verbotenen Früchten eines diesseitigen Paradieses gelüsten sollte, wird schließlich der letzte Grund der Entsagungsphilosophie der Guth und Lillich offenbart: „Die Bibel bezeugt“, so heißt es an einer anderen Stelle ihrer Replik, daß uns „die Erlösungstat Christi in die verantwortliche Gesellschaft weist und nicht mit einem wirtschaftstheoretischen Konzept ausrüstet“. Vor dieser Autorität muß allerdings jedes wissenschaftliche Argument verstummen.

Wenn wir dennoch den Mut finden, für die Thesen Vilmars eine Lanze zu brechen, so geschieht dies in dem Bewußtsein, daß kein Sozialist, und sicherlich auch nicht Vilmar, sich der Illusion hingibt, daß mit der Realisierung der Gemeinwirtschaft das Millennium anbrechen würde. Die Zielsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus ist eine wesentlich bescheidenere: Ein sozio-ökonomisches System, das sich durch mehr als ein Jahrhundert in einer tiefen Krise befindet, soll durch ein in einigen wesentlichen Belangen funktionsfähigeres System ersetzt werden. Die Menschheit hat chirurgische Eingriffe dieser Art wiederholt vorgenommen. Es ist nicht recht einzusehen, warum mit dem Eintritt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der soziale Fortschritt erlahmen sollte.

Guth und Lillich könnten mit Recht geltend machen, daß sie auf dieses Argument in ihrer Replik bereits eingegangen sind. Wir beziehen uns auf die Stelle ihres Aufsatzes, wo von einem „umfassenden Instrumentarium der staatlichen Wirtschaftspolitik“ die

1) Fritz Vilmar, „Gemeinwirtschaft — Basis einer menschenwürdigen Gesellschaft“, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Oktober 1962, Seite 577 ff.

2) Siehe z. B. das Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialisten aus dem Jahre 1958; ferner die Grundsatz-erklärung der englischen Arbeiterpartei „Signposts for the Sixties“, aus dem Jahre 1961.

3) Siehe Guth und Lillich, „Integrale Gemeinwirtschaft?“, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, April 1963, Seite 227 ff.

SOZIALISMUS, PRAGMATISMUS, GESELLSCHAFT IM ÜBERFLUSS

Rede ist (S. 228). Und im Anschluß an diese Feststellung wird die rhetorische Frage gestellt: „Ist bei uns der ökonomische Prozeß nicht — zumindest zu einem großen Teil — auch ‚das Ergebnis bewußter Planung‘?“ Die beiden Autoren räumen dann selbst ein, daß „man über Ausmaß und Wirksamkeit der Planung und Eingriffe des Staates verschiedener Meinung sein kann“, glauben aber doch, und dies im Gegensatz zu Vilmar, daß die westliche Planung mehr zu leisten vermöge, als die „ungesunde Grundstruktur der volkswirtschaftlich verantwortungslosen Kapitalwirtschaft am Leben zu erhalten“.

II

Die Frage nach dem Ausmaß und der Wirksamkeit der westlichen Planung würde eine eingehende Antwort verdienen, die im Rahmen eines kurzen Artikels nicht ernstlich versucht werden kann. Wir wollen uns hier auf einige knappe Bemerkungen beschränken. *Frankreich* ist unseres Wissens das einzige westliche Land, das ein System der Planung praktiziert, das dieses Namens würdig ist. Bei einem Studium der *planification indicative*, das der Verfasser dieser Zeilen im vergangenen Winter in Paris unternehmen durfte, drängt sich der Eindruck auf, daß das Rückgrat des französischen Systems in der teilweise nationalisierten Schwerindustrie und in dem ebenfalls teilweise nationalisierten Bankensektor zu suchen ist. Nur eine einzige der 27 „Modernisierungskommissionen“, denen eine geradezu strategische Bedeutung im französischen Planungssystem zukommt, befaßt sich mit den Problemen der Verarbeitungsindustrien. Hingegen sind spezielle Kommissionen für das Bauwesen, die Chemie, die Energie, den Erzbergbau und die Nichteisenmetalle, die Eisen- und Stahlindustrie und das Transportwesen vorgesehen. Die Investitionsentscheidungen in den Wirtschaftssphären, in denen der Staat stark verankert ist, bestimmen in einem hohen Maße Richtung und Tempo der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich. Dazu kommt, daß der vom französischen Staat weitgehend gelenkte Kreditapparat die Verantwortung für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für alle „plankonformen“ Investitionen übernimmt. Die wenigen Einzelgänger unter den französischen Unternehmern, die dem Planungssystem ablehnend gegenüberstehen, sind auf ihre eigenen finanziellen Mittel oder auf Kredite des Auslandes angewiesen. Die Achillesferse der französischen Planung scheint uns in den nur sehr rudimentär entwickelten Formen der Arbeiter-Mitbestimmung zu liegen; die *planification* wird in erster Linie vom französischen Staat und den großen Unternehmerverbänden getragen.

Wir wären dennoch versucht, dem französischen Planungssystem eine recht günstige Prognose zu stellen, würde nicht die zunehmende Verflechtung der französischen Wirtschaft mit dem übrigen EWG-Raum die Zielsetzung der französischen Planer in Frage stellen. Eine Übertragung der französischen Methoden auf den gesamten EWG-Raum, die von dem französischen Wirtschaftsexperten *Uri* und seinen Mitarbeitern in Brüssel zur Diskussion gestellt wird, erscheint aber — wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt — als ziemlich unwahrscheinlich, schon deshalb, weil zumindest in der Bundesrepublik Deutschland weder ein zuträgliches politisches und ideologisches Klima noch die geeigneten strukturellen Voraussetzungen für ein solches Experiment gegeben sind.

Sieht man von Frankreich ab, so begegnet man in der kapitalistischen Welt zwei Formen der Planung, der partiellen Planung und der Vollbeschäftigungspolitik, die auf die Koordinierung monetärer und finanzpolitischer Maßnahmen zum Zwecke der Sicherung der Arbeitsplätze hinausläuft. Daß die partielle Planung (etwa auf den Gebieten des Elektrizitätswesens, der Verkehrswirtschaft, des Gesundheitswesens usw.) von jeder Industriegesellschaft in der einen oder anderen Form gehandhabt wird, bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung; und es erübrigt sich fast, hinzuzufügen, daß sie vom Standpunkt einer gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung (Vollbeschäftigung, zureichende

Wachstumsrate, Währungsstabilität) irrelevant ist. Anders verhält es sich mit der Vollbeschäftigungspolitik *Keynesscher* Prägung, bei der es sich um ein theoretisch fundiertes gesamtwirtschaftliches Planungskonzept handelt.

Allerdings darf man die *praktischen* Auswirkungen der *Keynesschen* Beschäftigungstherapie nicht zu hoch veranschlagen. Dafür legt eine Reihe von Umständen ein allzu beredtes Zeugnis ab: die chronische Arbeitslosigkeit in den *USA*, die heftigen konjunkturellen Schwankungen in *England*, die immer deutlicher zutage tretende Abschwächung der *westdeutschen* Konjunktur. Die tiefere Ursache für die unsystematische und sporadische Anwendung des *Keynesschen* Konzepts liegt unseres Erachtens in der zwiespältigen Aufnahme der Beschäftigungstheorie seitens des Bürgertums, das diese immer als einen ideologischen Fremdkörper empfunden hat. Denn nur *Marx* hat mit ebensolcher Schonungslosigkeit wie *Keynes* den Beweis geführt, daß es sich bei den Wirtschaftskrisen um schwere funktionelle Störungen der kapitalistischen Produktionsweise handelt. *Keynes* hat aus dieser Erkenntnis wohl nicht den marxistischen Schluß gezogen, daß jede Krise das „memento mori“ des Kapitalismus sei, aber sein wirtschaftspolitischer Ratschluß enthält einen bitteren kryptomarxistischen Nachgeschmack. Er gipfelt nämlich in der Forderung, daß man die Investitionsentscheidungen aus den Händen des einzelnen Unternehmers in die Hände staatlicher Organe übertragen müsse. *Keynes* schreibt im letzten Kapitel seines großen Werkes:

„Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird.“⁴⁾

Man erkennt, daß die *systematische* Anwendung der *Keynesschen* Therapie einen weitgehenden Umbau der bestehenden Wirtschaftsordnung zur Folge haben müßte. Der Demokratische Sozialismus strebt allerdings einen gesellschaftlichen Umbau an, der sich nicht auf die Sicherung der Vollbeschäftigung beschränkt, sondern auf die harmonische Entwicklung aller geistigen und materiellen Ressourcen der Völker abzielt. Dies ist, wie *Vilmar* ganz richtig erkannt hat, nur durch ein System der demokratischen Planung erreichbar, dessen Fundament die verstaatlichten Schlüsselindustrien bilden. Wir wollen nur im Vorbeigehen vermerken, daß das hier skizzierte Leitbild noch immer für die große Mehrheit der sozialistischen Parteien des Westens verbindlich ist.

III

Vilmar billigt der integralen Gemeinwirtschaft eine Reihe von Attributen zu, die *Guth* und *Lillich* zur Zielscheibe einer langschweifigen Polemik machen. Eine ausführliche Antwort auf die Argumente der beiden Autoren müßte den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Wir wollen deshalb nur auf einige der hauptsächlichen Einwände eingehen. Dem Sinne, wenn auch nicht dem genauen Wortlaut nach, lassen sich die gegen das System der Gemeinwirtschaft vorgebrachten *Haupteinwände* auf die folgende Weise zusammenfassen:

1. Es wäre unsinnig, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu zerschlagen, um sie durch die „produktionsärmere Kollektivwirtschaft“ zu ersetzen.
2. Die Gemeinwirtschaft bietet keine Gewähr für den dauernden Bestand der demokratischen Freiheitsrechte, da die „Diktaturfülle“ der Behörden dem „Machtmißbrauch“ Tür und Tor öffnet.
3. „Existenzangst“, „Entfremdung“, zunehmende Gefährdung der „freien Menschenpersönlichkeit“ werden für die Gemeinwirtschaft nicht minder charakteristisch sein als für die „Gesellschaft des Überflusses“, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß sie in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bisher unbekannte Erscheinungsformen annehmen werden.

4) John Maynard Keynes, Theorie der Beschäftigung, S. 319.

SOZIALISMUS, PRAGMATISMUS, GESELLSCHAFT IM ÜBERFLUSS

4. Die Gemeinwirtschaft ist wohl in der Theorie dem „Bedarfsdeckungsprinzip“ verschrieben, aber de facto entscheiden die Behörden über das, was im „Interesse der Verbraucher“ produziert werden darf.

5. Da der „ökonomische Imperialismus nicht zwangsläufig aus dem Wesen des Kapitalismus abgeleitet werden kann“, kann man nicht „automatisch mit einer Begrenzung der Rüstung“ in einer Gemeinwirtschaft rechnen.

Ad 1) Die *relativ* geringe Effizienz des gemeinwirtschaftlichen Systems ist wohl das zentrale Argument von Guth und Lillich, da es sich wie ein roter Faden, durch ihre ganze Arbeit zieht. Es schiene uns unfruchtbar (und, was vielleicht noch schlimmer ist, langweilig), auf die alte von *Ludwig Mises* vertretene These einzugehen, daß ein sozialistisches System die ökonomischen Ressourcen nicht rational verteilen könne. In der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin herrscht unseres Wissens Einmütigkeit darüber, daß *Taylor* und *Lange* die von *Mises* zur Stützung seiner These vorgebrachten Argumente überzeugend entkräftet haben⁵⁾. Im übrigen tat *Schumpeter*, der die *Mises-Taylor-Lange*-Kontroverse sehr gut kannte und dem man kaum übertriebene Sympathie für den Sozialismus vorwerfen kann, mit aller wünschenswerten Klarheit festgestellt, daß der Sozialismus ein eminent praktikables („eminently operational“) Wirtschaftssystem sei⁶⁾.

Wir verspüren auch keine sonderliche Lust, hier auf die breite internationale Diskussion über die Wachstumsraten hüben und drüben einzugehen. Es mag Guth und Lillich jedenfalls nicht unbekannt sein, daß nur Japan und die Bundesrepublik Deutschland, und dies unter dem Einfluß besonders günstiger Umstände, in der Lage waren, mit dem wirtschaftlichen Wachstum in der UdSSR während der fünfziger Jahre gleichen Schritt zu halten. Bezüglich der Zukunftsperspektiven des Westens kann man nicht umhin, die von Prof. *Baade* und anderen deutschen Wirtschaftswissenschaftlern auf einer der Godesberger Konferenzen zum Ausdruck gebrachte Skepsis zu teilen:

„Wir stehen an und für sich wohl in diesem Kreise auf dem Standpunkt, wie wir ihn auf einer früheren Godesberger Konferenz festgestellt haben, daß es durchaus möglich wäre, in der sogenannten kapitalistischen Wirtschaft Vollbeschäftigung und starkes Wachstum des Sozialprodukts ohne schleichende Inflation zu haben. Aber die politischen Kräfte sind dafür bei uns bisher nicht ausreichend gewesen. Selbstverständlich bezahlen wir das mit einer ceteris paribus geringeren Effizienz unserer Wirtschaft; denn daß eine Wirtschaft bei stabilen Preisen, bei sozusagen automatisch stabilen Preisen einen größeren Zuwachs an Sozialprodukt haben kann als eine Wirtschaft, die die schleichende Inflation fortgesetzt bekämpfen muß, damit sie nicht zur galoppierenden Inflation wird, das scheint mir ziemlich klar zu sein.

Aber ein anderer Punkt ist noch viel ernster. Die zentralgelenkte Planwirtschaft, die über die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung auf lange Zeiträume hinaus vorausschponiert, hat vor unserer auf Privateigentum und parlamentarischer Demokratie aufgebauten Wirtschaft den großen Vorteil, daß die geistigen Investitionen im Gesamtsystem den Platz bekommen und den Raum einnehmen, den sie haben müssen. Die ungeheure Vernachlässigung des gesamten Ausbildungs- und Forschungswesens in der westlichen Welt ist eine sehr, sehr schwere Hypothek, die auf unserer Wirtschaft liegt.“⁷⁾

Was Guth und Lillich im übrigen über bestimmte ordnungspolitische „Defekte“ der Planwirtschaft zu sagen haben — Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes, Aufhebung der Konsumfreiheit, Irrtümer bei der praktischen Handhabung der Planung —, scheint sich vor allem auf die stalinistische Phase der sowjetrussischen Planwirt-

5) Ludwig Mises hat die oben erwähnten Thesen in dem Werk „Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus“ (1922) dargelegt; ferner in dem von F. A. Hayek herausgegebenen Band „Collectivist Economic Planning“ (1935). Die Gegenargumente von F. M. Taylor und Oscar Lange sind in dem von Benjamin Lippincott herausgegebenen Werk „On the Economic Theory of Socialism“ zu finden.

6) Capitalism, Socialism and Democracy, S. 184—185.

7) „Vergleich zwischen den Wirtschaftssystemen in der Welt“, Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 24. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute in Bad Godesberg am 2. und 3. Juni 1961 (Duncker & Humblot, Berlin), S. 56.

schaft zu beziehen und kann jedenfalls der bis jetzt noch unerprobten *demokratischen* Gemeinwirtschaft nicht zur Last gelegt werden. (Auf die Frage der Konsumfreiheit im Rahmen der Gemeinwirtschaft wollen wir später noch zurückkommen.)

Ad 2) Die Frage der ordnungspolitischen Defekte bringt uns zu dem zweiten Hauptpunkt in der Replik von Guth und Lillich. Ist die Gemeinwirtschaft auf lange Sicht mit der Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheitsrechte überhaupt verträglich? Auf das russische Beispiel wird auch in diesem Zusammenhang recht deutlich angespielt. Wieviel „Beweiskraft“ dem sowjetischen Experiment, das eine sozialistische Produktionsweise auf der Basis einer rückständigen, halbfeudalen Wirtschaft zu errichten versucht hat, vom Standpunkt der Zukunftsperspektive des westlichen Sozialismus zugebilligt werden kann, mag dahingestellt bleiben. Will man aus der russischen Erfahrung mit ein klein wenig Gewaltanwendung eine auch für den Westen verbindliche Generalisierung ableiten, so kann man bestenfalls sagen, daß eine sozialistische Produktionsweise ebenso wenig Sicherheit gegen eine diktatorische Regierungsform zu bieten scheint wie der Kapitalismus. Wachsamkeit ist wohl für den Demokraten eine unter allen möglichen Lebensumständen dringend gebotene Maxime!

Wir glauben jedoch Grund für die Annahme zu haben, daß der Demokratische Sozialismus, sobald er die Bewährungsprobe der ersten (noch unter den Auspizien des Kapitalismus herangereiften) Generation bestanden hat, über sehr wirksame natürliche Abwehrkräfte gegen atavistische Rückfälle verfügen wird. Die endgültige Überwindung der Armut, das Fehlen einer pauperisierten Mittelschicht, das Heranwachsen einer breiten, von keiner künstlichen Bildungsschranke in ihrem Aufstieg gehemmten Arbeiterintelligenz scheinen uns einige dieser demokratischen Schutz- und Nährkräfte der Gesellschaft zu sein. Der unbefangene Beobachter der heutigen sowjetrussischen Gesellschaft wird kaum umhin können, auch dort *Ansätze* zu der hier skizzierten Entwicklung zu erkennen. Das Wort „Ansätze“ sei mit besonderem Nachdruck unterstrichen, weil wir weit davon entfernt sind, einem leichtfertigen Optimismus das Wort zu reden.

Ad 3) Sicherlich wird auch eine gefestigte demokratische Gemeinwirtschaft kein Paradies, kein „säkularisiertes Reich Gottes auf Erden“ begründen. Auch auf dieser Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung wird es kaum an sozialem Konfliktstoff fehlen. (Wir müssen gestehen, daß uns die Vorstellung von einer spannungslosen Gesellschaft das Gefühl grenzenloser Langeweile einflößt.) Auf der anderen Seite scheint es recht unwahrscheinlich, daß die — den materiellen Nöten und dem mitleidlosen Kampf ums Dasein entspringenden — Ängste unserer Zeit unter den so völlig andersgearteten Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung fröhliche Urständ feiern werden. Auch die „Entfremdung des Menschen“, die nach *Marx* auf einer durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln begründeten Schranke zwischen dem Produzenten und seinem Produkt beruht, wird mit der Aufhebung des Privateigentums eine Sache der Vergangenheit sein. Der „Gemeinsinn“, der in der demokratischen Kontrolle des Produktionsapparates seinen wichtigsten Ausdruck findet, wird sich allerdings, wie Guth und Lillich ganz richtig erkennen, nicht von selbst einstellen. Erst die Existenz einer breiten Arbeiterintelligenz gibt u. E. eine sichere Basis für den neuen ideologischen „Überbau“ ab. Geben wir zu, daß in der Phase *des* Überganges, in welcher der „Gemeinsinn“ noch nicht fest verankert ist, die Gemeinwirtschaft von großen Gefahren bedroht ist. Aber ist dies ein ernstlicher Grund, vom Kampf für eine rationale Gesellschaftsordnung zugunsten eines mit schweren strukturellen Defekten behafteten Systems abzustehen?

Ad 4) Da die Einschränkung der freien Berufswahl selbst in der Sowjetunion nur in der stalinistischen Entwicklungsphase geübt wurde, können wir von der Behandlung dieses Themas absehen. Aber nehmen wir die ungleich interessantere Frage der Konsumfreiheit in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf.

SOZIALISMUS, PRAGMATISMUS, GESELLSCHAFT IM ÜBERFLUSS

Zunächst ist zu sagen, daß die so viel besungene Freiheit des Konsums im Kapitalismus eine — höflich ausgedrückt — euphemistische Umschreibung eines de facto recht prosaischen Tatbestandes ist. Ein mehr oder minder großer Teil des Sozialproduktes muß natürlich auch in unserer Wirtschaftsordnung für Zwecke der „Akkumulation“ bereitgestellt werden und ist auf diese Weise dem Massenkonsum entzogen. Wiewohl der Staat in einem von Land zu Land verschieden großen Ausmaß die Höhe des Investitionsvolumens zu beeinflussen sucht, sind Investitionsentscheidungen im Westen weitgehend *private* — von den anonymen Kapitalgesellschaften gesetzte — Willensakte. Über das Verhältnis von Investition zu Konsum wird also in so gut wie allen kapitalistischen Ländern in recht undemokratischer Weise entschieden; eine Ausnahme bildet *Frankreich*, wo man sich auf eine volkswirtschaftlich vertretbare Investitionsrate in einer Reihe von Planungsgremien, die Vertreter verschiedener Interessengruppen umfassen, einigt.

Wie steht es nun um die Zusammensetzung des für Konsumzwecke (privater sowie öffentlicher Natur) verbleibenden Teils des Sozialproduktes? Was über die deformierenden Einflüsse der modernen Werbung von den *Kenneth Galbraith* und *Vance Packard* gesagt wurde, kann hier wohl als bekannt vorausgesetzt werden. In einer Gesellschaftsordnung, in der die Konkurrenz der eigentliche Motor der wirtschaftlichen Entwicklung ist, kommen die Hauptimpulse zur Neuerung — wie dies insbesondere von *Joseph Schumpeter* hervorgehoben worden ist — von der Seite der Produktion. Im übrigen schrieb schon *Marx* in seinem interessanten Jugendwerk „Nationalökonomie und Philosophie“:

„Jeder spekuliert darauf, dem anderen ein neues Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu bringen und ihn zu einer neuen Weise des Genusses und des ökonomischen Ruins zu verleiten. Mit der Masse der Gegenstände wächst daher das Reich der fremden Wesen, denen der Mensch unterjocht ist ...“⁸⁾

In der Gemeinwirtschaft ist die Entscheidung über das Verhältnis von Investition zu Konsum das Ergebnis eines recht komplizierten Prozesses, dessen Träger die Volksvertretung, die zentralen Planungsgremien und Tausende von Arbeitnehmerschüssen sind. Das *jugoslawische* Modell, das uns keineswegs als ein Idealtyp vorschwebt, gibt uns in diesem Zusammenhang recht wertvolle Aufschlüsse.

Guth und Lillich sind zweifellos im Recht, wenn sie der Werbung auch in der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung eine gewisse Bedeutung zusprechen. Aber es ist nur ein bestimmter Aspekt der Werbung, der vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft relevant ist, nämlich die *Information*. Die großen Verteilungsorganisationen der Zukunft werden es sich selbstverständlich zur Aufgabe machen, den Konsumenten über Verkaufsort, Preis und Qualität des verfügbaren Gütervorrates zu informieren. Im Gegensatz zu der Werbung von heute, wird man in der Lage sein, dem Käufer fundierte Qualitätsbeschreibungen an die Hand zu geben.

Auch in der Gemeinwirtschaft wird der hauptsächliche Impuls zur Neuerung von der Seite der Produktion kommen. Aber da es niemandem einfallen wird, den Konsumenten „in eine neue Abhängigkeit zu bringen und ihn zu einer neuen Weise des Genusses und des ökonomischen Ruins zu verleiten“, werden die Planungsgremien mit Hilfe von Haushaltsstatistiken, Enqueten und anderen statistischen Werkzeugen die Präferenzen der Verbraucher zu ergründen trachten. Entwicklungstendenzen dieser Art scheinen sich interessanterweise schon heute in gewissen östlichen Ländern abzuzeichnen. Wir lesen darüber in dem Bericht der bereits zitierten Godesberger Konferenz:

„Wir hatten in Hamburg vor kurzer Zeit Herrn Professor *Stefan Varga* aus Budapest zu Besuch... Er sagte, daß die größere Berücksichtigung der Konsumwünsche in *Ungarn* das Interesse an einer Nachfrageforschung geweckt hat. Es gibt in Ungarn ein staatliches Marktforschungsinstitut — eine sehr merkwürdige Erscheinung —, dessen Aufgabe es ist, in ähnlicher

8) Karl Marx, „Nationalökonomie und Philosophie“, Abschnitt XIV, Kröner Ausgabe, S. 254.

Weise, wie dies in Deutschland seitens der Marktforschungsinstitute auf privater Grundlage geschieht, auf staatlicher Grundlage im Umfrageverfahren bei Haushalten die Konsumentenwünsche feststellen oder aber — und das ist mehr durch das Ostblocksystem bedingt — zu kontrollieren, ob die Güter der ungarischen staatlichen Industrie geschätzt werden bzw. was an ihnen bemängelt wird.“⁹⁾)

Ad 5) Der These von Guth und Lillich, daß der „ökonomische Imperialismus nicht zwangsläufig aus dem Wesen des Kapitalismus abgeleitet werden kann“, können wir hier — aus Gründen der Raumnot — nur die Gegenthese gegenüberstellen, daß der „ökonomische Imperialismus“ wohl älter ist als der Kapitalismus, aber mit dem Phänomen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufs innigste verbunden ist. Auch in einer „Bedarfsdeckungswirtschaft“ werden sich die Menschen nicht mit einem Schlag in Engelsnaturen verwandeln, aber an wirtschaftlichen Impulsen für Aggressionsakte wird es in einem solchen System mangeln. Möglicherweise werden dann außerökonomische Aggressionstribe auftreten (*Schumpeter* spricht in seiner Imperialismusstudie von einem irrationalen Hang zum Imperialismus), aber dies scheinen uns doch recht müßige Phantastereien.

Vollends erscheint es uns absurd, aus der heutigen Weltsituation, die durch das Bestehen zweier antagonistischer Lager gekennzeichnet ist, auf einen sich in allen Gesellschaftssystemen manifestierenden Drang zur „Rüstungsnachfrage“ zu schließen. Wir können in diesem Zusammenhang nichts Besseres tun, als die Meinung Vilmars wiederzugeben, daß eine auf Gemeinwirtschaft basierende Politik in der Lage wäre, mit dem Ostblock in eine nüchtern-kritische Sachdiskussion einzutreten und ihm gleichzeitig im weltpolitischen Wettbewerb planvoll, daher ebenbürtig und furchtlos gegenüberzutreten. Wir hoffen, daß schon die nächste englische Arbeiterregierung die Weisheit dieser Feststellung erhärten wird.

Unsere Replik muß hier enden, wiewohl die breite Polemik von Guth und Lillich eine noch eingehendere Beantwortung rechtfertigen würde. Den beiden Autoren bleibt es natürlich auch weiterhin unbenommen, sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, daß die Bibel „uns nicht mit einem wirtschaftstheoretischen Konzept ausrüstet“; im katholischen Lager scheinen sich allerdings Strömungen abzuzeichnen, die dem Sozialismus eine etwas verständnisvollere Haltung entgegenbringen. Wenn man boshaft sein wollte, könnte man sagen, daß Christus mehr Affinität zur sozialistischen Lebensauffassung bekundet hat als zur Philosophie der „Gesellschaft des Überflusses“.

9) Bericht von Dr. Kapferer, a. a. O“ S. 76.